Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 5

Artikel: EGES-Bericht : die Konsequenzen des Drinbleibens : sind die AKW-Betreiber überhaupt noch lernfähig?

Autor: Frey, Stefan

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340614

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gesellschaft hin, in der Freiheit nicht bloss Freiheit der Besitzenden und Mächtigen ist, sondern existentielles Grundrecht eines jeden Einzelnen.
Das bürgerliche Argument, Sozialismus führe zu Unfreiheit, ist in sich selber falsch. Das Gegenteil ist der Fall. Sozialismus führt nicht zu weniger, sondern zu *mehr* Freiheit – zu demokratischer Freiheit sozusagen, die nicht für die einen mehr und für die anderen weniger und für die dritten überhaupt nicht gilt, sondern für alle gleich. Schliesslich ist der Freiheitsbegriff selber ein anderer: Bürgerlich definierte Freiheit hat etwas Statisches, Fixiertes, Endgültiges an sich, ein Privileg der einen, das es gegen die Ansprüche der anderen zu behaupten und zu verteidigen gilt. Sozialistisch verstandene Freiheit ist dagegen etwas Dynamisches, Fliessendes, eher mit Befreiung zu umschreiben als mit Freiheit, ein Prozess der Überwindung wirtschaftlicher Zwänge, ein Prozess, der eigentlich nie an ein endgültiges Ziel gelangt, sondern stets dann wieder von vorne beginnt, wenn Privilegien und Sonderinteressen von einzelnen Mächtigen und von Machtgruppen überhand zu nehmen drohen und die Rechte und existentiellen Bedürfnisse des Einzelnen einzuschränken beginnen. In diesem Sinne kann Sozialismus vielleicht gar nie eine endgültige Staatsform sein, sondern ein beständiges, nie endendes Ringen um Menschenwürde, Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit.

EGES-Bericht: Die Konsequenzen des Drinbleibens

Sind die AKW-Betreiber überhaupt noch lernfähig?

Von Stefan Frey

Bundesrat und Parlament werden sich in den nächsten Monaten intensiv mit dem Umstieg von der Atomenergie auf umweltverträgliche Stromproduktionsformen, vor allem aber mit den enormen Sparpotentialen im Strombereich zu befassen haben. Die Begriffe «Moratorium» und «Ausstieg» werden die Diskussion beherrschen. Dabei dürfte wie bisher stets in Atomdiskussionen die Frage nach den Konsequenzen eines Weitermachens kaum aufs Tapet kommen. Grund genug, um das Drinbleiben in der Atomenergie auszuleuchten. Es geht dabei um nicht weniger als um den Bau von 19 weiteren Atomreaktoren in den kommenden 38 Jahren, jedes zweite Jahr müsste demnach ein Reaktor in Betrieb gehen. Stefan Frey vom WWF hat im «Panda»-Journal das sogenannte «Referenzszenario» des EGES-Berichtes untersucht, bevor Blocher & Co. das Atomkraftwerk Kaiseraugst, nicht aber die Atomenergie fallenliessen. An der Analyse ändert das nichts.

Als vorigen Herbst der siebte Zehn-Werke-Bericht der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft publiziert wurde, vernahm die Öffentlichkeit kaum Überraschendes. Seit nämlich 1963 der erste dieser Berichte erschien, ging es stets um die «Eingliederung» der Atomkraftwerke «in die schweizerische Elektrizitätsversorgung». Folgerichtig waren die in diesen Prognosen enthaltenen Annahmen über den Stromverbrauch der nächsten 10 Jahre gleichbedeutend mit den Umsatzzielen der beteiligten Werke, die sich auf den Ausbau der Atomenergie in der Schweiz festgelegt haben. Jeder Unternehmer würde so handeln: Er erkundet den künftigen Markt, legt seine eigenen Marktziele fest und trifft die entsprechenden Investitionsentscheide. Ebenso folgerichtig werden die Marktpotentiale verteidigt, Schmälerungen der Umsatzchancen werden nicht hingenommen, denn sonst wären die Investitionen nicht mehr zu rechtfertigen. Dieses Denken kommt lupenrein auch im siebten Zehn-Werke-Bericht zum Ausdruck; mit einem gewichtigen Unterschied zur freien Marktwirtschaft: es geht nicht um den Bau einer Hosenknopffabrik, sondern um Atomkraftwerke, deren verheerende Auswirkungen auf Mensch und Natur, auf die Wirtschaft, auf die Demokratie in den letzten Monaten und Jahren hautnah erlebbar wurden.

Die Umsatzziele

Die Elektrizitätswirtschaft hält unverdrossen an einer steten Verbrauchszunahme fest. Die erstmals für einen Zeitraum von 20 Jahren vorgelegte Umsatzprognose erwartet zwi-

schen 1985 und 1995 eine jährliche Zuwachsrate von 2,5 Prozent, 1995 bis 2005 wird noch mit Wachstumsraten von 2,1 Prozent gerechnet. Die Gesamtzunahme gegenüber 1985 würde 59 Prozent betragen. Das ehrgeizige Ziel soll vor allem durch einen beinahe unbeeinflussten Strommarkt gesichert werden. «Demnach soll zum Beispiel das Sparen von Elektrizität trotz seines unbestreitbar hohen Stellenwertes nicht über ein einschneidendes und diskriminierendes Elektrizitätsspargesetz erzwungen werden, sondern es soll in erster Linie auf selbsttätiger Basis erfolgen, nämlich im Rahmen der ständig fortschreitenden technischen Verbesserung von Apparaten und durch ein vernünftiges Verhalten der Konsumenten.» Überflüssig, zu erwähnen, dass schon mehrmals der Effekt von Appellen an die Freiwilligkeit bezweifelt wurde, nicht zuletzt auch vom Bundesrat in Sachen Luftverschmutzung.

Logischer Wunsch nach neuen Atomkraftwerken

Aufgrund dieser hochgesteckten Ziele entwirft der Zehn-Werke-Bericht im Bereich der künftigen Produktionskapazitäten (neue Kraftwerke) ein düsteres Bild. Nützliche Hilfskonstruktion dabei ist die von den Werken selbst entworfene Formel der 95prozentigen Versorgungssicherheit, d.h. in 100 Wintern sollte mengenmässig nur in 5 Fällen mehr Strom importiert werden als exportiert werden kann. Einmal mehr wird dabei das gigantische Import-/Exportgeschäft verschwiegen, das der schweizerischen Stromlobby eine einmalige Schlüsselstellumg im europäischen Stromverbund sichert. Eine Schlüsselstellung, welche durch den vom italienischen Souverän beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie noch gestärkt wird, denn neben dem Bau weiterer italienischer Atomkraftwerke wird auch die direkte Beteiligung italienischer Stromverkäufer an ausländischen Atomkraftwerken untersagt. Damit fällt Frankreich als Atomstromlieferant zwar aus dem Rennen, hingegen machen die Schweizer Stromdealer durch Transport und «Veredelung» mit Pumpspeicherung französischen Atomstroms einen hervorragenden Schnitt. Allein 1986 betrug der Reinerlös aus solchen Geschäften rund 623 Millionen Franken, 39,1 Prozent mehr als im Vorjahr.

Für den «Inlandmarkt» kann durch Nichtberücksichtigung des parallel mitlaufenden Veredelungsgeschäftes und unter Verschweigen der unterschiedlichen Wertigkeiten des importierten bzw. exportierten Winterstroms (es wird in der Regel während der Nacht, also zu Niedertarifzeiten, importiert und am Tag, meist mittags zur Hochtarifzeit, exportiert) eine sogenannte Versorgungslücke konstruiert werden. Die Elektrizitätswirtschaft sieht eine solche erstmals Mitte der neunziger Jahre, aber da will man mit der Inbetriebnahme des 1000-Megawatt(MW)-Atommeilers in Kaiseraugst parieren, doch schon acht Jahre später, 2004/2005, klaffe erneut eine Versorgungslücke in der Grössenordnung von einem weiteren 1000-MW-Atomkraftwerk – man denkt an Graben. Zusammengefasst beharrt die Elektrizitätswirtschaft auf dem Bau zweier Atomkraftwerke von je 1000 Megawatt Leistung. Damit erklärt sie sich vorerst aller Probleme bis zum Jahr 2005 ledig. Aber erst jetzt beginnt es richtig spannend zu werden.

Noch mehr Stromverbrauch?

Nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl setzte der Bundesrat eine Expertengruppe (EGES) ein, welche anhand verschiedener Szenarien die Konsequenzen eines Ausstiegs aus der Atomenergie zu prüfen hatte. Aber – es wurde auch zu Ende gedacht, was denn eigentlich das Weitermachen mit der Atomenergie bedeuten, was also nach 2005 auf der Kraftwerksebene passieren würde, wollte man den bisherigen Atompfad beibehalten. Die Ergebnisse dieser Expertengruppe wurden bereits vorsorglich von der Elektrizitätswirtschaft diskrediert. Drei von ihr gestellte Experten stiegen aus, als die Arbeit praktisch beendet war und die Konsequenzen absehbar wurden. Liest man das Szenario «Drinbleiben», die Experten bezeichnen es als Referenzszenario, könnte man sich allerdings fragen, ob diese drei Aussteiger nicht mehr Angst hatten vor dem Bekanntwerden des Referenzszenarios als vor der nunmehr eindeutig belegten Machbarkeit eines Ausstiegs aus der Atomenergie. Laut dem Expertenbericht nimmt im Referenzszenario die Elektrizitätsnachfrage bis 2025 gegenüber 1985 um 59 Prozent zu. Im Moratoriumsszenario, das den Bau weiterer Atomkraftwerke bis dahin verunmöglicht, den Ersatz bestehender Anlagen jedoch nicht ausschliesst, wird eine Zunahme von 20 Prozent erwartet. Im Ausstiegsszenario, das ebenfalls keinen Weiterausbau vorsieht, jedoch auch keinen Ersatz der ausgebrannten Reaktoren, wird ein Nachfragerückgang von 16 Prozent errechnet. Interessant dabei ist, dass auch im Ausstiegsszenario die Stromnachfrage bis 2005, also genau bis zum Ende der Prognoseperiode des Zehn-Werke-Berichtes, eine Nachfragestei-

gerung erwartet wird, die aber nicht mit neuen Atomkraftwerken gedeckt werden soll und kann, sondern durch Sparen, Effizienzsteigerungen, Wärmekraftkopplung usw.

Der Atompark Schweiz

Bei der kommenden Ausstiegsdiskussion drohen jedoch vor allem die Konsequenzen des «Drinbleibens» heruntergespielt zu werden – und diese sind beängstigend. Die installierte Atomkraftwerkleistung wird im Referenzszenario von 2900 MW (1987) auf 6200 MW (2025) erhöht. Das sind: 6 neue Reaktoren, nämlich Kaiseraugst und Graben in der herkömmlichen 1000-MW-Klasse und entsprechend dem 10-Werke-Bericht sowie 4 sogenannt «fortgeschrittene Reaktoren» mit je etwa 330 MW Leistung (Verbois GE, Inwil LU, Rüthi SG). Dazu kommen 9 solcher 330-MW-Anlagen als Ersatz für die 5 bestehenden Anlagen in Mühleberg, Beznau, Gösgen und Leibstadt, wobei die bisherigen Standorte im Vordergrund stehen. Um einen reibungslosen Fortgang der Atomstrategie zu gewährleisten, müssten so in den nächsten 38 Jahren 19 neue Atomreaktoren erstellt werden, alle zwei Jahre einer. Die Hochspannungs-Übertragungsnetze werden für eine höhere Leistung verstärkt und um insgesamt 303 km erweitert (allein die Aare Tessin, Atel, in Olten investiert in den nächsten 10 Jahren 200 Millionen Franken in den Ausbau ihres Höchstspannungsnetzes). Drinbleiben in der Atomstrategie bedeutet aber auch verstärktes Anhängen an atomare Fernwärmenetze. Der Vollausbau der in den Schubladen schlummernden Projekte FOLA (Gösgen), REFUNA (Beznau), Transwal (Beznau/Leibstadt), FEMBE (Mühleberg) und WARHENO (Leibstadt) wird vorausgesetzt. Hinzu kommen vier Heizreaktoren von 50 Megawatt thermischer Leistung in Städten oder grösseren Gemeinden, z. B. Bellinzona, Chur, Neuenburg, Winterthur.

Reaktoren sind nur der Anfang

Mit dem Bau von Reaktoren ist das Problem der nuklearen Stromproduktion nicht gelöst. Es beginnt erst. Mit dem Zubau schweizerischer Atomkraftwerke wird sich etwa die Abfallproblematik dramatisch verschärfen. Weltweit gibt es nach wie vor keinerlei Lösung für die Lagerung hochradioaktiver Abfälle. Für mittel- und schwachaktive Abfälle basteln die Atomleute an provisorischen Lagerhallen herum. So wird Würenlingen voraussichtlich auf Jahrzehnte das definitive Provisorium für Atomabfälle werden. Entsprechende Lagerräume sollen nach den Vorstellungen des Bundesrates und der Atomwirtschaft im Paul-Scherrer-Institut (früher Eidg. Institut für Reaktorforschung) gebaut werden. Insider sprechen deshalb von der «Paul-Scherrer-Deponie».

Kein Endlager in Sicht

Derweil drückt sich der Bundesrat um den Entscheid herum, den er dem Schweizer Volk seit 1978 versprochen hat: Ist für die sichere und dauernde Lagerung hochradioaktiver Abfälle gemäss den Untersuchungen der NAGRA (Nationale Genossenschaft zur Lagerung radioaktiver Abfälle) «Gewähr» geboten oder nicht? Davon hängt laut Atomgesetz der weitere Betrieb bestehender Atomkraftwerke ab und erst recht die Bewilligung weiterer Anlagen. Bis 31. Dezember 1985 hätte diese «Gewähr» geboten sein müssen, sicher ist indessen nur die ständige Verlängerung der somit provisorischen Betriebsbewilligungen – ein staatspolitischer Skandal, der seinesgleichen sucht.
Ab 1992 müssen ausserdem die in La Hague F und Windscale GB (verschleiernd Sellafield genannt) bei der Wiederaufbereitung der abgebrannten Brennelemente entstehenden hochradioaktiven Abfälle in die Schweiz zurückgenommen werden. Obwohl nirgend ein dafür vorgesehenes Lager in Sicht ist (es muss etwa im Jahr 2020 zur Verfügung stehen), wird behauptet, die einzelnen Kraftwerke könnten diesen Müll zurücknehmen und bei sich zwischenlagern. Dort platzen aber teilweise die Lager heute schon aus allen Nähten. Wie man die Sache bei der Elektrizitätswirtschaft einschätzt, zeigt folgendes Zitat aus dem siebten 10-Werke-Bericht: «Diese Abfälle sind vorwiegend feste Stoffe. Sie lassen sich leicht transportieren, lagern und überwachen. Die Kernenergie ist demnach eine naheligende Lösung und bleibt vor allem für die Grundlastdekkung ein Weg, der unter keinen Umständen durch politische Hindernisse verbaut werden sollte. Nach der nicht abreissenden Skandalkette um Atommülltransporte, Meeresverseuchung, Pannen und Katastrophen tönt solches reichlich zynisch.

Endlagerung der Demokratie?

Die Expertengruppe des Bundes formulierte nicht zuletzt auch die eher gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen für die Durchsetzbarkeit des Referenzszenarios. Sie tönen kaum beruhigend: «Es wird angenommen, dass der Widerstand gegen die Kernenergie allgemein und gegen ‹Kaiseraugst› speziell in den nächsten Jahren abnimmt und dass neue Anlagen auch in

den direkt betroffenen Regionen akzeptiert werden. Träfe dies nicht zu, müssten sie gegen den Widerstand der Regionen durchgesetzt werden. Dies könnte den inneren Frieden im Land gefährden... Vorausgesetzt wird ferner, dass sich auch im Ausland keine Kernenergiekatastrophe mit schwerwiegenden Auswirkungen ereignet, welche Konsequenzen auch auf das schweizerische Kernenergieprogramm hätte.»
Dabei sind noch nicht einmal die Folgewirkungen der im Nachgang zu den Atommülltransportverbrechen geforderten «schärferen Kontrollen» absehbar. Wie weit muss etwa das Umfeld von Atomkraftwerkangestellten überwacht werden, damit Bestechung und Korruption ausgeschlossen, oder doch mindestens frühzeitig erkannt werden können?
Nach einer Umfrage der «Schweizer Illustrierten» vom Januar 1988 sind zwei von drei Befragten für einen Verzicht auf neue Atomkraftwerke, ein Viertel spricht sich gar für eine Stillegung der bestehenden Werke aus. Nur noch eine Gruppe von 8 Prozent will drinbleiben.

SPD-Programmdiskussion: Plädoyer für eine grundlegende Systemreform

Verändern bringt mehr als kontrollieren

Horst Hartmann über Peter von Oertzens Diskussionsbeitrag

Seit dem Herbst 1984 diskutiert die SPD den «Irseer Entwurf» für ein neues Parteiprogramm. Zu denen, die sich nicht damit begnügen, griffige Formeln beizusteuern, sondern zunächst versuchen, die Veränderungen in der Gesellschaft zu erkennen, zählt Peter von Oertzen, Mitglied des Parteivorstandes und der Programmdiskussion. Er hat ein Papier vorgelegt, das Denkansätze enthält und Diskussionen befruchten könnte, gerade weil er darauf verzichtet, endgültige Thesen zu formulieren.

Peter von Oertzen, bekannt als Verfechter sozialistischer Ziele, hält Staat, Regierung, Verwaltung und Parlament zwar für überwiegend wichtige Institutionen politischen Handelns, aber er verweist gleichzeitig auf die wachsende Bedeutung alternativer Gruppierungen. Damit stellen sich selbstkritische Fragen an Sozialdemokraten. Beispielsweise die, ob an die Stelle einer bürokratischen Sozialpolitik nicht mehr «Hilfe als Selbsthilfe» möglich sein kann, zumal sich überlieferte Sozialstrukturen auflösen. Zu fragen wäre, ob wir uns einem «Kapitalismus ohne Klassen» nähern und wie Selbstentfaltung mit dem Prinzip der Solidarität in Einklang zu bringen ist.
Zentrale Bedeutung kommt dem zukünftigen Verhältnis von SPD und Gewerkschaften zu, und zwar deshalb, weil die Ausgangssituation überprüft werden muss. Gibt es überhaupt noch eine geschlossene Arbeitnehmerschaft oder Arbeiterklasse? Zählen die Grünen dazu, die zwar nicht so stark organisiert sind wie die SPD, aber deutlich stärker als CDU und FDP? Wohin gehören Ingenieure, Techniker, denen eine besondere Mittlerrolle zwischen Tarifangestellten und Managern zukommt? 14 Prozent der Angestellten in technisch hochentwickelten Betrieben wählen immerhin die Grünen. Das deutet darauf hin, dass Grundsatzprobleme wie Frieden, Umwelt, Technik, Gleichberechtigung an Bedeutung zunehmen und womöglich wichtiger werden als Arbeit, Beruf, Mitbestimmung und Einkommen. «Geht es um die Befreiung von der Arbeit oder in der Arbeit, oder um beides?» Das sind Fragen, die beantwortet werden müssen. Die angestrebte Lösung der Probleme verlangt eine Entscheidung darüber, ob als Voraussetzung dazu das kapitalistische Wirtschaftssystem verändern werden muss oder ob eine politische Kontrolle ausreicht, bei der im Prinzip alles beim alten bleibt. Es geht – wie Oertzen darlegt – um die alte Streitfrage zwischen Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg, ob eine gerechtere Gesellschaftsordnung mit oder gegen den Kapitalismus durchgesetzt werden soll. Ähnliches gilt für die Funktion von Staat und Partei, um den Gegensatz von Zentralismus und Basisdemokratie, um Grundsatzfragen, über die schon Karl Marx und Michael Bakunin stritten.
Für Oertzen stellt der Hinweis von Marx «... die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft» ist «in der politischen Ökonomie zu suchen» einen Schlüsselsatz dar, weil er Schlussfolgerungen ermöglicht, wenn man sich zunächst über die Unzulänglichkeit des gegenwärtigen Gesellschaftsmodells verständigen kann. Für den «Seeheimer Kreis» – einen Zusammenschluss des rechten SPD-